



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/198 - 28.8.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Im Dickicht der Flüchtlingspolitik	S. 1
Franco und die USA	S. 3
SED gründet Ordensburg	S. 4
Wieder auf dem grünen Zweig ?	S. 5

Über ZvD, BvD, VOL zum VdL

Am kommenden Wochenende findet in Bonn eine Sitzung des vorläufigen Präsidiums des BvD statt, in der das Verhältnis zum neugegründeten "Verband der Landsmannschaften" (VdL) geklärt werden soll.

d.g. Nur einem versierten Berufsflüchtling wäre in Zukunft noch zuzumuten, sich durch das Organisationsdickicht jener Verbände hindurchzufinden, die sich als Spitzenorganisationen der Vertriebenen bezeichnen. Da gibt es den "Zentralverband der vertriebenen Deutschen" (ZvD), der für sich in Anspruch nehmen darf, wohl die umfassendste Organisation mit Landes-, Kreis- und Ortsverbänden zu sein und Vertriebene aus verschiedenen Landsmannschaften in seinen Reihen zusammengefaßt zu haben. Ihm gegenüber stellen die "Vereinigten ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL) die Spitze auf der landsmannschaftlichen Ebene dar.

Im Herbst vorigen Jahres hatte der ZvD-Vorsitzende, der CDU-Abgeordnete Dr. Linus Kather versucht, seine Machtposition dadurch zu erweitern, daß er auch die Landsmannschaften zu einem Zusammengehen einlud. Allein das von Kather ausgearbeitete Organisationsstatut des neuen "Bundes der vertriebenen Deutschen" (BvD) war so durchsichtig, daß ihm nur wenige Landsmannschaften zögernd folgten und von dem geplanten Zusammenschluß nichts anderes übrig blieb, als ein in sich uneiniges vorläufiges Präsidium

und ein schweres metallenes Firmenschild an einem Bonner Neubau mit zahlreichen Büroräumen. Neben dem propagandistischen Mißbrauch der "Scheinfirma" ist aber seit November 1951 nichts geschehen, um den Verband in seinen Funktionen wirksam werden zu lassen. Die Lastenausgleichsdebatte bot dem CDU-Abgeordneten Kather eine letzte Möglichkeit, auf dem Hintergrunde einer nicht bestehenden Spitzenorganisation "Politik" zu machen.

Der ZvD-BvD hat sich also durch seine zögernde Haltung und die umstrittene Politik seines Vorsitzenden selbst in die gegenwärtige Situation hineingebracht: Die Sprecher aller Landsmannschaften in der Bundesrepublik haben unter dem Namen "Verband der Landsmannschaften" (VdL) kürzlich einstimmig einen Dachverband geschaffen, der hoffen läßt, daß damit der entscheidende Schritt zur Einigung aller Vertriebenen vollzogen ist.

Wie weit der Bruch mit den Kather-Ideen geht, zeigt die Tatsache, daß auch die Sprecher derjenigen Landsmannschaften, die bisher mit dem ZvD Kathers über die Gründung eines gemeinsamen Verbandes verhandelten, sich bereit erklärt haben, dieser vorgeschlagenen Arbeitsgemeinschaft beizutreten. Damit wäre erstmalig im Gebiete der Bundesrepublik eine einheitliche, geschlossene Organisationsform aller der rund acht Millionen Heimatvertriebenen betreuenden Landsmannschaften geschaffen, deren Notwendigkeit auch vonseiten der SPD stets anerkannt worden ist.

Die Vertreter des neuen "Verbandes der Landsmannschaften" wären gut beraten, wenn sie Kathers Scheingebilde zwingen würden, Farbe zu bekennen. Dann könnte mit den Rodungsarbeiten im undurchsichtigen Dickicht der Organisationsprobleme der Heimatvertriebenen begonnen werden, mit dem Ziel der notwendigen Gesamtplanung einer realistischen, sozialbewußten Flüchtlingspolitik.

+ + +

Spanische Absage an die Vereinigten Staaten

Von unserem R.R.-Spanienkorrespondenten

Die nunmehr schon sehr lange andauernden Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien sind praktisch gescheitert. Zwei Faktoren haben im wesentlichen hierzu beigetragen: Die unbegrenzten Forderungen des spanischen Staatschefs und die wachsende Überzeugung in Washington, daß die Westverteidigung im Raume Europa und Nordafrika der militärischen Stützpunkte in Spanien nicht unbedingt bedarf.

Dies sind zumindest die nunmehr zweifelsfrei feststehenden äußeren Anlässe. Es gibt aber auch andere und mehr in der politischen Ausrichtung Franco-Spaniens liegende Gründe. Wer sich der undankbaren Aufgabe unterzieht, etwa die spanische Presse regelmäßig zu lesen, kommt immer wieder zu der Schlußfolgerung, daß die Frontstellung des spanischen Regimes in Wahrheit weit mehr gegen die westlichen Demokratien als gegen das ferne Rußland ausgerichtet ist. Seit feststeht, daß die Amerikaner sich nicht rupfen lassen, um sich für schweres Geld der ewigen Freundschaft Spaniens zu versichern, ist die Polemik gegen den demokratischen Westen neuerdings wieder auf hohe Tourenzahl gebracht worden.

In der spanischen Presse, und mehr noch im spanischen Rundfunk, werden die Vereinigten Staaten und auch das näher liegende Frankreich derzeit mit unerhörter Heftigkeit angegriffen. Die französische Armee wird als kampfunfähig und vom Kommunismus verseucht dargestellt. Es fehlt auch nicht an weltanschaulich-politischen Angriffen, denn Frankreich, selbst von Pinay und Schuman regiert, ist nun einmal für den spanischen Klerikofaschismus das Sinnbild eines gottlosen Sündenpfuhls

In einer etwas anderen Form richtet sich diese Polemik auch gegen die Vereinigten Staaten und ganz besonders gegen jene amerikanischen Zeitungen, die es gelegentlich wagen, die Zweckmäßigkeit einer politisch-militärischen Verbindung mit Franco-Spanien anzuzweifeln. Die Witwe des Präsidenten Roosevelt ist dabei der Sündenbock Nr. 1. Sie hatte nämlich in einer ihrer Wochenchroniken auf eine Äußerung des Marine-Staatschefs Fletcher verwiesen, der schon vor geraumer Zeit feststellte, die amerikanische Flotte könne der Stützpunkte auf

der iberischen Halbinsel ohne Schaden entbehren. Worauf Radio Nacional Frau Roosevelt anriet, sich lieber mit dem Scheuerlappen als mit der Feder zu betätigen...

Man ist, auch in Spanien, versucht, diese Ausfälle als Mißmutäußerungen zu werten, da der Goldstrom aus Amerika nicht zu fließen beginnt. Das ist jedoch nur sehr bedingt zutreffend. Franco hat tatsächlich seit Beginn seiner Herrschaft eine ausgesprochen isolationistische Politik betrieben, die zudem, wie in Lateinamerika, von einer grundsätzlichen Ablehnung der Erschließung des Landes durch fremdes Kapital erfüllt war und in der Begründung eines staatseigenen Nationalen Industrie-Institutes mündet, dem die Aufgabe zukommt, mit Steuermitteln die fehlende Privatinitiative auf industriellem Gebiet zu ersetzen.

+ + +

SED-Zentralschule in Magdeburg

(sp) Nach einer selbstkritischen Stellungnahme der neuen Leiterin des Schulwesens in der Ostzone, Frau Prof. ZAISSER, haben die Schulen aller Grade die ihr gestellten Aufgaben bisher nicht gelöst. Insbesondere ist nicht ersichtlich, woher in Kürze die Nachwuchskräfte für die politische Führerschaft in der SED genommen werden soll. Um diesem Mangel abzuwehren, wird am 1. September in Magdeburg eine Zentralschule eröffnet werden. Zugelassen sind nur Kinder absolut zuverlässiger Kommunisten, 75 Prozent der Schüler müssen aus Arbeiterfamilien stammen. Schon im dritten Schuljahr beginnt der Unterricht in Russisch. Vom vierten Schuljahre ab werden die Schüler internatsmäßig zusammengefaßt. Die letzten Schuljahre verbringen sie in der Sowjet-Union, um dort die Reife für das Studium zu erhalten. Als Erzieher wurden solche Lehrer ausgewählt, die sich nach Meinung der Schulräte bisher bewährt haben. Es kann aber angenommen werden, daß man sich hier, wie so oft, einer frommen Selbsttäuschung hingegen hat, denn schon vor Eröffnung der Schule hat sich eine der ausgesuchten Lehrkräfte nach Westberlin abgesetzt.

+ + +

Wieder auf dem grünen Zweig ?

(sp) An Litfaßsäulen in großen und kleinen Städten der Bundesrepublik prangt seit einiger Zeit ein schönes, buntes Plakat, das einen schwarz-rot-golden gefiederten, fröhlich zwitschernden, sozusagen regierungsamtlichen Vogel zeigt, der auf einem dürren Ast sitzt. "Wieder auf dem grünen Zweig" steht über ihm und unter dem Zweig das andere Wort "Deutschlandvertrag".

Das Bild ist so irreführend wie die Wahl des Wortes "Deutschlandvertrag" für die Abkommen, die kürzlich in Bonn unterzeichnet worden sind. Wir leben in einer Zeit ernstester sozialer Krisenerscheinungen, die Flüchtlingsnot brandet gerade jetzt in neuen hohen Wellen über Berlin und die Bundesrepublik, wir können nur durch ausländische Anleihen aus dem beängstigenden finanziellen Engpaß herauskommen (wobei niemand, auch nicht nach der angeblich wiedererlangten Kreditwürdigkeit weiß, wer sie uns geben wird), wir wissen nicht, wie wir den Lastenausgleich verwirklichen, wie einmal bei einem ratifizierten EVG-Vertrag die monatlich notwendigen 850 Millionen aufgebracht werden sollen, wir haben 1,2 Millionen Arbeitslose, (520000 Jugendliche ohne Lehrstelle und Ausbildungsmöglichkeit sind darin nicht enthalten!), und annähernd fünf Millionen Wohnungen fehlen. Millionen von Rentnern, Fürsorgeempfängern und Kriegsoptionen hungern sich buchstäblich durchs Leben, die Gehälter der staatlichen Angestellten sind um 20 Prozent gestiegen, die Lebenskosten um 70 Prozent (beides gegenüber 1938). Aber wir sitzen wieder auf dem grünen Zweig und pfeifen uns eins. (Für eine gewisse Schicht freilich trifft das Bild wirklich zu).

Und der Generalvertrag wird mit wohlbedachter Hartnäckigkeit "Deutschland"-Vertrag genannt, als ob er für ganz Deutschland gelte und nicht nur für die westdeutsche Bundesrepublik (will die Bundesregierung die deutsche Bevölkerung allmählich mit der Vorstellung vertraut machen, die Bundesrepublik sei Deutschland ?) und als sei er ein positiver Beitrag für eben dieses Deutschland, das immer sichtbarer und bestürzender in zwei Teile auseinanderbricht.

Die Regierungspropaganda erhofft sich von dem ständigen Gebrauch solcher suggestiven Parolen ganz bestimmte psychologische Wirkungen. Vielleicht denkt sie dabei an die Erfahrungen, die das Nazi-Regime mit diesem Mittel gemacht hat. Aber die Menschen in Deutschland haben doch gerade aus jener Zeit gelernt, recht gut zwischen Propaganda und Wirklichkeit zu unterscheiden. Darum ist auch die Bevölkerung und sind auch die meisten Zeitungen diesem suggestiven Wort vom "Deutschland"-Vertrag nicht auf den Leim gegangen. Auch hat das Bemühen keine Frucht gezeitigt, glauben zu machen, die Bundesrepublik sei auch nur entfernt auf dem Punkt der Gleichberechtigung mit den Westmächten angelangt, die auch nach der Ratifizierung de facto Besatzungsmächte bleiben. Zu viel Menschen sehen, daß sie jedenfalls nicht auf dem grünen Zweig sitzen, glauben wohl aber, daß die Regierung sich mit ihrer Methode nach Coué (es geht uns von Tag zu Tag besser) auf einem verhängnisvollen Holzweg befindet.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau